

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 28. Oktober 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 172 Anfrage Sager Urban und Mit. über den Umgang der Luzerner Schulen und Hochschulen mit Antisemitismus / Bildungs- und Kulturdepartement

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Ich danke der Regierung für Ihre klaren Worte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus. Es ist von grosser Bedeutung und Wichtigkeit, dass wir das immer wieder bekräftigen. Es darf aber nicht nur bei Worten bleiben. Es geht darum, dass man diese Thematisierung konkret werden lässt und darüber reflektiert. Gerade hier kommt den Schulen eine zentrale Bedeutung zu. Von diesem Thema handelt auch meine Anfrage. In diesem Zusammenhang bin ich mit den Antworten der Regierung zum konkreten Umgang in den Schulen nicht zufrieden. Auf die Frage 1, was der Kanton konkret unternimmt, um die Prävention und Intervention bei diskriminierendem und antisemitischem Verhalten zu stärken, werden Kompetenzziele aufgezählt. Das war nicht die Frage. Die Frage lautete: Was unternimmt der Kanton? Die Regierung antwortet, der Kanton unternimmt Kompetenzziele. Da merken Sie, wie absurd diese Antwort in diesem Kontext ist. Mit dem Auflisten von Zielen in diesem Bereich ist es nicht getan. Es geht darum, dass der Kanton selbst auch aktiv sein muss. Wie kann er das? Ich möchte deutlich betonen, dass viele Schulen bereits aktiv sehr gute Programme umsetzen und sehr gute Projekte haben. Einzelne Lehrpersonen gehen dieses Thema aktiv an und leisten sehr gute Arbeit. Aber das reicht nicht. Das sage nicht ich, sondern die Leiterin der Fachstelle Rassismusbekämpfung des Bundes. Sie kritisiert die Kantone und sagt namentlich, dass gerade an Schulen zu wenig getan wird und dass Lehrerinnen und Lehrer sich zu wenig unterstützt fühlen in diesem sehr anspruchsvollen Thema. Anspruchsvoll ist es, weil es sich oft auch einfach situativ ergibt und man dann reagieren muss, und anspruchsvoll auch, weil es in den Klassen Betroffene gibt, die man in irgendeiner Form in die Diskussion mit einbeziehen und oder schützen muss. Das sind sehr anspruchsvolle Aufgaben für die Lehrpersonen und die Schulleitungen. Diesbezüglich gibt es zu wenig Unterstützung. Der Kanton respektive die Regierung antwortet darauf, dass das für den Kanton Luzern nicht zutreffe und dass bei uns alles in bester Ordnung sei. Es stimmt mich sehr nachdenklich, dass die Regierung die Resultate einer nationalen Fachstelle nicht ernst nimmt. Es findet auch kein Monitoring statt und keine Erhebung von Vorfällen, die in den Schulen passieren. Man verweist in den Antworten auf das Monitoring des Bundes, also wieder auf diese nationale Fachstelle, deren Resultate und Empfehlungen man nicht ernst nimmt. Da bin ich doch etwas konsterniert. Zusammengefasst lobt sich die Regierung im Umgang mit Antisemitismus in erster Linie selbst. Die Angebote reichen ihr. Die Kritik von

Fachpersonen sei unbegründet. Das ist nicht die Haltung, die wir uns von unserer Regierung in dieser Frage wünschen. Die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus ist eine Daueraufgabe von uns allen. Den Schulen kommt eine zentrale Rolle zu, und hier braucht es stärkere Unterstützungsmassnahmen und Unterstützungsprojekte, auch für Lehrerinnen und Lehrer. Wenn diese nicht vorhanden sind, dann sind die Lehrerinnen und Lehrer mit solchen Situationen überfordert, und das darf nicht sein.

Ramona Gut-Rogger: Die FDP-Fraktion steht für die Bekämpfung von antisemitistischem und rassistischem Gedankengut ein. Wir begrüßen es deshalb, dass der grundsätzliche Umgang damit im Lehrplan 21 verankert ist und sich alle Schülerinnen und Schüler im Verlauf ihrer Schulkarriere aus unterschiedlichen Perspektiven damit auseinandersetzen müssen. Eine weiterführende Auseinandersetzung braucht es aus unserer Sicht nur dann, wenn es zu besonderen, konkreten und besorgniserregenden Vorkommnissen kommt. Dann sollen diese Vorkommisse aufgenommen und thematisiert werden. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort mögliche Kontaktstellen auf. Für die FDP-Fraktion gilt es zu verhindern, dass weitere Spezial- oder Projektwochen flächendeckend eingeführt werden, ohne dass ein konkreter Fall vorliegt. Die Wochenstundentafel definiert den Umgang mit den Zielen aus dem Lehrplan 21. Wir stehen damit für die Vermittlung der Grundkompetenzen ein, die für alle wichtig sind und ein erfolgreiches und eigenverantwortliches Leben ermöglichen.

Karin Andrea Stadelmann: Für Antisemitismus und Rassismus ist im Kanton Luzern kein Platz. Ich danke der Regierung, dass sie sich in der Antwort auf die Anfrage so klar positioniert – Verantwortung, Solidarität, Respekt. Verantwortung und Solidarität sind die Claims der Mitte-Fraktion. Auch wir sind dezidiert der Meinung, dass Hass und Antisemitismus in unserem Kanton und unserem Land keinen Platz haben. Wer sich in den Medien bewegt, spürt, wie stark und extrem der Ton wird, das insbesondere auf der Plattform «X», ehemals «Twitter». Der Hass breitet sich aus. Weil dieser in den sozialen Medien ist, haben die Schulen einen starken Auftrag. Es ist eine Tatsache, dass es noch nie so viel Antisemitismus in unserem Land gab wie jetzt. Daher lautet die Frage, was wir tun müssen. Um diesem Umstand zu begegnen, erfordert es eine gute Aufklärung in den Schulen auf verschiedenen Stufen. Es erfordert, dass wir unseren Kindern beibringen, wie sie aktiv gegen so etwas vorgehen können, aber auch wie sie kritische Bürgerinnen und Bürger werden. Es erfordert auch, dass wir uns mit der Geschichte auseinandersetzen, denn Geschichte gibt Denkanstösse, aber auch Handlungsanleitungen. Die Regierung führt in ihren Antworten aus, was an den Schulen getan wird. Zu Urban Sager: Das ist nicht nur eine Auflistung, sondern es werden auch Ziele aufgezeigt. Es ist auch nicht nur ein Lerninhalt, sondern dieser Lerninhalt wird vermittelt. Es ist das Engagement vieler Lehrpersonen. Es ist ihnen zu verdanken, dass unsere Jugend, unsere Jüngeren und Älteren, verstehen, was wir in der Geschichte nicht mehr tun sollten und was sich nicht mehr wiederholen darf. Ich kann mich gut erinnern, als wir in Berlin und Nürnberg zu Besuch waren und uns dort eins zu eins Dinge angeschaut haben, die wir hier in der Schweiz nur aus der Geschichte kennen. Das wird auch heute noch gemacht, nicht nur im Gymnasium, sondern auch auf der Volksstufe. Zudem stellt Urban Sager die Frage nach den Anlaufstellen und den Unterstützungsmöglichkeiten. Es gibt solche Anlaufstellen. Es gibt eine Stiftung, mit der die Lehrpersonen zusammenarbeiten können. Sie nennt sich «Rassismus und Antisemitismus» und stellt Leitbilder und Leitfäden zur Verfügung. Lehrpersonen haben mir bestätigt, dass sie diese auch nutzen. Dann geht es noch um das Monitoring. Hier verweist der Kanton ganz klar auf die Fachstelle Fabia – Kompetenzzentrum Migration und zeigt auch auf, dass diese Fälle dort gemeldet werden, wo sie hingehören: in ein nationales Register, wo wir national und interkantonal zusammenarbeiten können. Jacques Chirac hat einmal gesagt, dass es die Pflicht jeder Nation ist, sich ihrer Geschichte zu

stellen. Diese Pflicht tragen wir nicht nur als Nation, sondern auch als Kanton: in diesem Sinn in der Schule, in der Familie und im Alltag. Genau da gehört sie auch hin.

Irina Studhalter: Was ich in der Antwort der Regierung lese, sind Auszüge aus den Lehrplänen, den Leitbildern und aus Regelungen. Was mich aber mehr interessiert hätte, wäre eine kritische Aussage darüber, wie gut die Umsetzung gelingt. Wie sensibel sind Kinder und Jugendliche im Kanton Luzern in Bezug auf Antisemitismus unterwegs? Erkennen sie Antisemitismus? Reagieren Sie darauf? Wissen sie, was zu tun ist, wenn sie selbst antisemitisch angegriffen werden? Wissen sie, wer sie unterstützt, wenn sie antisemitisch angegriffen werden oder einen Angriff miterleben? Als ehemalige Studentin der Hochschule Luzern (HSLU) muss ich leider sagen: Nein, ich habe das nicht gewusst. So hätte der Regierungsrat diese Fragen beantworten können. Das ist aber leider nicht passiert. Antidiskriminierung ist eine Aufgabe, die nie endet. Wir haben sowohl als Einzelpersonen wie auch als Gesellschaft nie ausgelernt. Dieser gesellschaftliche Prozess muss in den Schulen begleitet werden mit Lehrpersonal, das sich in diesen Themen sicher fühlt und Fachwissen und Konfliktfähigkeit mitbringt. In der Schule geht es nicht nur darum, Lesen und Schreiben zu lernen, sondern seinen Platz in unserer Gesellschaft zu finden und sich konstruktiv einzubringen. Ich sehe hier noch Luft nach oben respektive sehr verschwommen, weil uns die Antworten fehlen.

Urs Christian Schumacher: Der Regierungsrat beantwortet die Frage umfassend. Er distanziere sich in aller Form von diskriminierenden, rassistischen sowie menschenverachtenden und damit auch antisemitischen Handlungen und Äusserungen. Das respektvolle und tolerante Verhalten gegenüber Andersdenkenden und -glaubenden Menschen ist eine Grundvoraussetzung für ein freies, demokratisches und friedliches Zusammenleben. Nicht zuletzt sind es die christlichen Werte, die jedem Menschen gleichermaßen Würde und Achtung bekunden. Im Antisemitismus und in der Rassenlehre des Nationalsozialismus hat die Diskriminierung ihre schlimmste Form angenommen, und wir sind immer noch bestürzt, wie ein solches Phänomen unter normalen Bürgern möglich war. Nährboden dafür ist letztlich jeglicher Kollektivismus, das Individuum geht im Sumpf einer meist medialen, politisch geförderten Einheitsmeinung unter. Ich gehe mit Urban Sager völlig einig: Rassismus und Diskriminierung sind unhaltbar. Umso mehr wundert es mich, dass die Medien aktuell wieder völlig hemmungslos mit der Nazikeule um sich schlagen. Ein Politiker, der die Wokeness-, Gender-, Cancel- und Klimafrage hinterfragt und sich auf traditionelle Werte beruft, wird schnell als Nazi und rechtsextrem bezeichnet, obwohl die Nazis ja Sozialisten waren. Wissenschaftler und Journalisten, die auf Widersprüche in der Corona-Debatte, beim Klimawandel und bei der historischen Bewertung des Ukraine- und Nahostkonflikts hinweisen, beklagen, dass der Debattenraum von nichtwissenschaftlichen und politischen Agenden bestimmt werde, sie verlieren schnell ihre Stelle und ihren Lehrauftrag und werden als Schwurbler geframed. Schauen Sie sich dazu die irrationale und sozialächtende Debatte in der Corona-Krise an. Die Meinung, dass zunehmender Antisemitismus etwas mit mutmasslichen Verschwörungstheorien zu tun habe, ist selbst eine üble Verschwörungstheorie und Diskriminierung kritischer Bürger. Die dümmste und schlimmste Verschwörungstheorie ist diejenige, dass man intelligenten, kritisch denkenden Menschen, die Narrative hinterfragen, nicht zuhören soll oder nicht zuhören will, weil sie angeblich Verschwörungstheoretiker seien. Die wichtigste Prävention gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und politische Hetze ist, sich gegenseitig zuzuhören, Argumente, Fakten und Werte der anderen Menschen ernst zu nehmen und zu prüfen, anstatt sie zu framen. Dazu könnten die Medien einen wesentlichen Beitrag leisten.

Mario Bucher: Es ist sicher wichtig, über dieses Thema zu diskutieren. Ich finde es deshalb

umso verwunderlicher, dass die Diskussion seitens der SP angestossen wurde. Letzte Woche wollte die Juso Israel boykottieren, und die SP hat sich nicht davon distanziert. Ich bin sehr erstaunt, wie sehr sich die SP-Fraktion hier dafür einsetzt und vom Kanton verlangt, etwas dagegen zu unternehmen. Vielleicht sollten Sie zuerst bei Ihrer Jungpartei beginnen, aus der viele von Ihnen entstammen. Mir macht das Sorgen, wenn ich an die Zukunft denke und eine Juso auf diese Art politisiert und vielleicht in ein paar Jahren auch einem solchen Rat angehören wird. Fangen Sie doch also in Ihren eigenen Reihen an.

Anja Meier: Antisemitismus ist ein komplexes und vor allem gesamtgesellschaftliches Problem. Er existiert in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und lässt sich nicht nur auf eine bestimmte Religion oder ethnische Gruppe reduzieren. Der Fokus von rechter Seite auf gewisse Migrantinnen und Migranten als Hauptträger von antisemitischen Haltungen lenkt von der Tatsache ab, dass insbesondere auch der rechtsextreme Antisemitismus in unserer Gesellschaft weiterhin eine ernsthafte Bedrohung darstellt. Eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Statistik zeigt zum Beispiel, dass negative Stereotypen über Jüdinnen und Juden in der Schweiz nach wie vor sehr verbreitet sind, am stärksten bei Menschen, die sich politisch rechts verorten. Deshalb ist es auch wichtig, gegen Antisemitismus in all seinen Formen entschieden vorzugehen, unabhängig davon, woher er kommt. Es ist aber nicht produktiv, sondern brandgefährlich, bestimmte Bevölkerungsgruppen pauschal zu stigmatisieren. Der Staat hat die Verantwortung, durch Aufklärung und Prävention, insbesondere auch in der Schule, gegen Antisemitismus und gegen jede andere Form von Hass und Hetze aufgrund von Hautfarbe, Religion oder Geschlecht vorzugehen. Die SP setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Formen von Antisemitismus und Hetze keinen Platz haben. Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und alle Formen müssen unabhängig von der Herkunft gleichermaßen bekämpft werden. Bildung, Sensibilisierung, Aufklärung und Prävention sind Teil der Lösung, gefährliche Pauschalialisierungen sind es nicht.

Irina Studhalter: Ich stamme nicht aus der Juso. Antisemitismus ist Diskriminierung aufgrund der jüdischen Religion. Kritik gegenüber dem Staat Israel ist Kritik an einem Staat und nicht an einer Religion.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Im Grundsatz sind wir uns weitgehend einig. Der Kanton Luzern misst dem Kampf gegen Antisemitismus grosses Gewicht bei. Wir haben in der Antwort versucht darzulegen, was wir tun. Wir nehmen das Thema in der Ausbildung, in Form von Anlaufstellen und im Bereich der Forschung auf, und wir leben es auch aktiv. Wir haben Ihnen dargelegt, wie wir das tun, beispielsweise durch die Erarbeitung von Leitbildern und Handlungsempfehlungen, aber auch durch die frühe Sensibilisierung. Wir haben Ihnen dargelegt, wo wir es tun: an den Schulen über das Kantonale Integrationsprogramm (KIP). Wir haben Ihnen auch dargelegt, für wen wir es tun: für die Mitarbeitenden, für die Lernenden und für die Betroffenen. Urban Sager ist mit unserer Antwort nicht zufrieden. Ich bin aber froh, dass wir uns in der Grundaussage einig sind und er das klare Bekenntnis der Regierung würdigt. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass nie vergessen geht, was nicht vergessen gehen darf. Darüber sind wir uns über alle Parteien hinweg einig. Wie tun wir das? Indem wir das tun, was wir am besten können: Wir bilden aus. Es geht nicht einfach nur um die Kompetenzziele, sondern um den Weg dorthin. Wir nehmen das Thema im Unterricht auf. Das ist tatsächlich anspruchsvoll. Sie haben selbst gesagt, dass die Schulen viel tun. Das ist ein Teil unserer Antwort, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen. Wir sind der Meinung, dass es gut funktioniert und der Kanton genügend Unterstützung bietet. Worüber man – wie fast immer – diskutieren kann, ist die Datengrundlage. Wir haben kein

umfassendes Monitoring, weil wir der Meinung sind, dass es nicht nötig ist. Würde es häufiger auftreten, würden wir es merken und entsprechend sofort reagieren. Insofern ist es nicht einfach ein Selbstlob der Regierung, sondern unserer Überzeugung nach eine nüchterne Einschätzung. Ich unterstütze natürlich Ramona Gut-Rogger, wenn sie sagt, dass wir bei Vorfällen reagieren müssen. Das tun wir auch, wir wollen aber keine unnötigen Massnahmen auf Vorrat, diesbezüglich gehe ich mit ihr absolut einig. Einig bin ich auch mit Karin Stadelmann, wenn sie sagt, dass wir einen Auftrag haben. Den haben wir, und wir erfüllen ihn in der Ausbildung und in der Auseinandersetzung mit dem Thema. Herzlichen Dank, dass Sie auch das Engagement der Lehrpersonen speziell gewürdigt, aber auch die Selbstverantwortung erkannt haben. Selbstverantwortung haben wir alle im täglichen Leben, das Gute vorzuleben und selber zu sensibilisieren. Irina Studhalter wünscht sich eine Lernstandserhebung zu einem Querschnittsthema. Das könnte man tun, es würde aber den Rahmen komplett sprengen. Wenn ich zu jeder Anfrage eine Lernstandserhebung machen sollte, müssten Sie mir das Budget nächstes Jahr deutlich erhöhen. Aufgrund der wenigen Vorfälle wäre eine solche Erhebung auch wirklich nicht gerechtfertigt. Die Medienanalyse von Urs Christian Schumacher lasse ich so stehen, die würde die Regierung in dieser Form wahrscheinlich nicht unterstützen. Aber in einem wichtigen Punkt sind wir uns sehr einig: Nazivergleiche sind immer gefährlich, weil sie immer das Schreckgespenst Nationalsozialismus verharmlosen. Deshalb möchte ich in diesem Raum niemals Nazivergleiche hören. Sie würden diese Schreckensherrschaft schlicht verharmlosen, man kann es nicht anders sagen. Das Wichtigste ist, dass wir eine grosse Gemeinsamkeit über alle Fraktionen hinweg haben. Das hat auch Anja Meier erklärt. Wir wollen uns gemeinsam gegen Antisemitismus einsetzen, das tun wir an den Schulen und den Hochschulen. Herzlichen Dank, dass Sie uns auf diesem Weg unterstützen.